

Die Linke.
Fraktion Bergisch Gladbach

*Eingang Nachbriefkasten:
21. Aug. 2015*

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Lutz Urbach

*21. Aug. 2015
1-14 / Lu*

21.08.2015

Per Telefax 02202 14702809

Antrag auf Aufhebung der Beschlüsse des Infrastrukturausschusses und des Ratsbeschlusses zum Bau des unterirdischen Regenrückhaltebeckens unter der Schnabelsmühle

Sehr geehrter Herr Urbach,

wir bitten sie folgenden Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen, und würden empfehlen diesen Antrag vorab am 02.09.15 dem AUKIV zur Diskussion vorzulegen:

1. Die Beschlüsse des Infrastrukturausschusses und des Rates zur Errichtung eines unterirdischen Regenrückhaltebeckens an der Stelle der Schnabelsmühle werden aufgehoben und jegliche Bau vorbereitenden Maßnahmen mit sofortiger Wirkung eingestellt

Begründung: Der Millionenaufwand für diese überdimensionierte Maßnahme ist für das hoch verschuldete Bergisch Gladbach nicht finanzierbar. Die mit dem Bau dieses Regenrückhaltebeckens ausgelösten zusätzlichen Beiträge für alle Haushalte und Gewerbetreibende in Bergisch Gladbach sind nicht mehr zu verantworten.

Die bereits bisher getroffenen und anderweitig beschlossenen und teils umgesetzten Maßnahmen zur Vorbeugung von bei nur sehr starken Regenfällen auftretenden Überschwemmungen reichen aus, diese künftig zu verhindern.

Die mit dem Bau verbundenen erheblichen Verkehrsbelastungen gerade an einem zentralen Verkehrsknotenpunkt in der Innenstadt für einen Zeitraum von mindestens 1 ½ Jahren stehen außer Verhältnis zu nur theoretischen Verbesserungen des Abwasserkonzeptes, weil sie generell den Zugang in die Innenstadt für einen zu langen Zeitraum in nicht zumutbarer Weise erschweren. Es steht zu befürchten, dass der Einzelhandel in der Innenstadt Existenz gefährdend in Mitleidenschaft gezogen wird, wenn ortsansässige Kunden schneller Köln als Bergisch Gladbach erreichen können.

Sogar die CDU Spitze im nordrheinwestfälischen Landtag als auch der CDU Europaabgeordnete Herr Reul vertreten die Auffassung, die Bergisch Gladbacher Politik solle lieber den spitzen Bleistift ansetzen statt nicht gesetzlich vorgeschriebene zusätzliche Baumaßnahmen im Abwasserbereich vorzunehmen. Dieses vor allem vor der Tatsache der Gefährdung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Klein